

tesdienst ohne Priester muß deutlich bleiben, daß es sich um eine Notsituation handelt, die alle zur Sorge um genügend Priester aufruft“). Gewinnen solche Notlösungen aber quantitativ oder qualitativ eine zu starke Dynamik und Plausibilität, steht man vor der Alternative, entweder bremsend und korrigierend einzugreifen und dadurch vielleicht die pastorale Situation zu erschweren oder aber nach neuen Möglichkeiten Ausschau zu halten.

Das Institut des priesterlosen Sonntagsgottesdienstes – sei es als reiner Wortgottesdienst oder als Kommunionfeier – ist eine solche Notlösung, wobei allerdings nicht zu vergessen ist, daß im Unterschied zu den hier in die Untersuchung einbezogenen westeuropäischen Kirchen für viele

Gemeinden und Diözesen der dritten Welt die Notlösung praktisch zum *Normalfall* geworden ist. Unter den gegebenen Verhältnissen in Westeuropa läßt sich möglicherweise bei Ausschöpfung aller sonstigen pastoralen Reserven auf die weitere Vermehrung priesterloser Sonntagsgottesdienste verzichten oder ihre Ausbreitung zumindest begrenzen, allerdings wohl auch nur unter problematischen Begleiterscheinungen für viele Gemeinden und Priester. Setzt man dagegen auf den priesterlosen Sonntagsgottesdienst auch nur als Notlösung, steht man unter dem zumindest mittelfristig wirksam werdenden Zugzwang, Abhilfe schaffen zu müssen.

Ulrich Rub

Politische Zeitfragen

„Das Überleben sichern“

Zum Bericht der Nord-Süd-Kommission für Entwicklungsfragen

Am 3. März 1980 stellte Willy Brandt als Vorsitzender der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen der Öffentlichkeit die deutsche Fassung des Berichtes dieser Nord-Süd-Kommission in Bonn vor. Ein erstes Exemplar der englischen Fassung, die den Titel „North-South: A Programme for Survival“ trägt, war am 12. Februar 1980 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen übergeben worden. Die deutsche Fassung des Berichtes trägt den Titel „Das Überleben sichern – gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer“ (Verlag Kiepenheuer & Witsch, 379 Seiten, 19.80 DM). Damit fand die zweijährige Arbeit der Nord-Süd-Kommission ihren formellen Abschluß. Ihre Gründung war Anfang 1977 durch den Präsidenten der Weltbank, Robert S. McNamara angeregt worden, der auch Willy Brandt als Vorsitzenden vorgeschlagen hatte. Im Unterschied zur Pearson-Kommission, die 1968/69 ihren Bericht „Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Entwicklungspolitik“ im Auftrag der Weltbank erstellte, arbeitete die Nord-Süd-Kommission unabhängig nach ihren eigenen Richtlinien.

Die Zielsetzung des Berichts

Nach den selbstgesetzten Arbeitsrichtlinien war es Aufgabe der Kommission, „die ernstesten Probleme von globalen Ausmaßen zu untersuchen, wie sie sich aus den wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichten der Weltge-

meinschaft ergeben, und Wege dafür aufzuzeigen, wie angemessene Lösungen für die Entwicklungsprobleme und zur Überwindung der Armut vorangetrieben werden können. Als Unabhängiger Kommission steht es ihr frei, sich mit jedem Aspekt der Weltsituation zu beschäftigen, den sie für bedeutend hält, und jede Maßnahme zu empfehlen, die nach ihrer Meinung im Interesse der Weltwirtschaft ist.“

Die 17 Mitglieder der Nord-Süd-Kommission wurden von ihrem Vorsitzenden zur Mitarbeit eingeladen. Von ihnen kamen 10 aus Entwicklungsländern und 8, einschließlich des Vorsitzenden, aus westlichen Industrieländern. Damit waren im Gegensatz zur Pearson-Kommission die Vertreter der Entwicklungsländer in der Mehrheit. In der Kommission waren durch die Mitglieder verschiedene politische Richtungen vertreten. So arbeitete der schwedische Sozialdemokrat Olof Palme neben dem britischen Konservativen Edward Heath mit. Der Vizepräsident des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften, Joe Morris, saß neben dem Bankier Peter G. Peterson. Zusätzlich bat die Nord-Süd-Kommission 25 Persönlichkeiten aus aller Welt um Beratung, darunter Erhard Eppler aus der Bundesrepublik.

Um die *Unabhängigkeit* der Kommissionsarbeit zu wahren, wurde auf eine Finanzierung der Arbeit durch eine internationale Institution verzichtet. Als ehrenamtlicher Schatzmeister sorgte der ehemalige niederländische Minister für Entwicklungszusammenarbeit, Jan P. Pronk, dafür, daß die niederländische Regierung für die Gesamtko-

sten garantierte. Sie trug sodann etwa die Hälfte davon, während verschiedene Regierungen die Kosten für Kommissionssitzungen in ihren Ländern übernahmen und verschiedene Stiftungen und Forschungszentren, aber auch die Kommission der Europäischen Gemeinschaften und der Sonderfonds der OPEC Beiträge leisteten. Neben zahlreichen Konsultationen in aller Welt führte die Kommission zehn Sitzungen durch, davon zwei in Entwicklungsländern (Mali und Malaysia).

Der Bericht der Nord-Süd-Kommission ist in 17 Kapitel gegliedert. Er beginnt mit drei umfassenden Themenbereichen: 1. Nord und Süd: Eine Bestandsaufnahme, 2. Die Dimension der Entwicklung, 3. Gemeinsame Interessen. Danach wendet er sich *Spezialfragen* zu: Die ärmsten Länder, Hunger und Ernährung, Bevölkerungswachstum – Mobilität und Umwelt, Abrüstung und Entwicklung, die Aufgabe des Südens, Rohstoffhandel, Energie, Industrialisierung und Welthandel, transnationale Unternehmen, Weltwährungsordnung und Entwicklungsfinanzierung. Zu diesen Punkten werden Empfehlungen ausgesprochen. Schließlich endet der Bericht mit einem doppelten Ausblick auf die Zukunft: 1. Wie geht es weiter in den internationalen Verhandlungen? 2. Welches sind die vordringlichsten Aufgaben (Prioritätenprogramm)? Die einzelnen Kapitel des Berichtes folgen in der Regel den Stichworten „Fakten und Analyse, Darstellung unterschiedlicher Standpunkte, Folgerungen, Empfehlungen“. Vorrangig richtet der Kommissionsbericht sein Augenmerk auf *weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen der internationalen Entwicklung*. Daher bleibt es nicht aus, daß für die einzelnen Problembereiche Lösungsvorschläge diskutiert und empfohlen werden, die in den internationalen Konferenzen der jüngsten Zeit immer wieder eine Rolle spielten. Dies gilt etwa für Rohstoffabkommen, den gemeinsamen Rohstofffonds, Modelle zur Stabilisierung der Erlöse aus Rohstoffexporten, die Öffnung der Märkte für Fertigprodukte aus Entwicklungsländern und für die Frage einer stärkeren Mitsprache der Entwicklungsländer in internationalen Finanzgremien. In der bisherigen Berichterstattung zu den Empfehlungen der Nord-Süd-Kommission hat dieser klassische Katalog von Vorschlägen zur Reform der internationalen Wirtschaftsbeziehungen leider allzusehr im Vordergrund gestanden. Aufmerksamkeit fanden darüber hinaus noch die Empfehlungen zu internationalen Abgaben. Diese sind nach dem Bericht unerlässlich, wenn die Leistungen der Industrieländer zur Entwicklung der Dritten Welt vorausschaubarer werden sollen, um dadurch eine kontinuierliche Planung zu ermöglichen. Eine „automatische“ Mittelaufbringung durch internationale Abgaben würde nach Meinung der Kommission verhindern, daß die Höhe der Entwicklungshilfe vom ungewissen politischen Willen der Geberländer abhängt und wechselnden Prioritäten bei der alljährlichen neuen Festsetzung unterliegt. Diskutiert werden u. a. Abgaben auf den internationalen Handel, auf den Waffenhandel, auf internationale Investitionen, auf den Verbrauch erschöpfbarer Bodenschätze und auf die Förderung von Mineralien vom Meeresgrund. Die Nord-Süd-

Kommission drängt auch auf eine Erhöhung der staatlichen Entwicklungshilfe bis auf 0,7% des Bruttosozialproduktes im Jahre 1985.

Wer die Berichterstattung aber auf diese und andere bekannte Vorschläge und Forderungen im Nord-Süd-Dialog beschränkte, der würde das eigentliche Spezifikum des Berichtes verkennen. Er ist weit mehr als eine Zusammenfassung des entwicklungspolitischen Diskussionsstandes, weil er drei Themen aufgreift, die bisher im Nord-Süd-Dialog nahezu tabu waren: 1. Gemeinsame Interessen in Nord und Süd (Kapitel 3), 2. Die Aufgaben des Südens (Kapitel 8), 3. Internationale Organisationen und Verhandlungen (Kapitel 16) – zur Reform des Verhandlungsstils.

Gemeinsame Interessen, gemeinsame Verantwortung

Noch 1979 war es bei der Fünften UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD V) in Manila unmöglich, Fragen der Interdependenz zum Verhandlungsgegenstand zu machen. Daß nun die Nord-Süd-Kommission bei einer Mehrheit von Mitgliedern aus Entwicklungsländern die Suche nach gemeinsamen Interessen in den weltwirtschaftlichen Beziehungen zum Leitfaden ihrer Überlegungen macht, ist ein deutliches Zeichen für mehr Realitätssinn im Nord-Süd-Dialog. „Es ist dabei nicht nur gemeinsamer Gewinn zu bedenken, sondern auch die Vermeidung gemeinsamer Verluste“, das ist das Motto. Es wird jedoch auch dies vermerkt: „Die Solidarität, von der wir sprechen, geht jedoch über gemeinsame Interessen hinaus.“ Unter folgenden Stichworten wird versucht, *gemeinsame Interessen* nachzuweisen: Übertragung von Wachstumsimpulsen; Erweiterung der Märkte und Stärkung des Welthandels; Abbau des Protektionismus; Rohstofflieferungen und Rohstoffverarbeitung; Energie, Umwelt, Nahrung; Transnationale Unternehmen; Stabilität im Finanz- und Währungssystem.

Schon dieser Katalog zeigt, daß der Gesichtspunkt des gemeinsamen Interesses in allen wesentlichen Fragen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen eine Rolle spielt. Der Bericht der Nord-Süd-Kommission gibt vorerst nur eine noch allgemeine Beschreibung der Interessensfelder. Ein von beiden Seiten annehmbarer Interessenausgleich setzt voraus, daß zum einen die Vor- und Nachteile von Handlungsalternativen ganz klar und ohne Beschönigung aufgezeigt werden und daß zum anderen auch das Ungleichgewicht in der Verhandlungs- und Durchsetzungsmacht berücksichtigt wird. Auch der schwächere Verhandlungspartner muß Chancen für die angemessene Berücksichtigung seiner Interessen sehen, wenn er sich auf ein „Do ut des“ einläßt. In diese Details wagt der Bericht sich noch nicht vor. Sein Verdienst ist es jedoch, die Suche nach gemeinsamen Interessen verhandlungsfähig gemacht zu haben. Die Absicht der Nord-Süd-Kommission, „Schritte auf dem Weg zu dem vorzuzeichnen, was man eigentlich die Gemeinschaft der Nationen nennen könnte“, wird in diesem Bemühen konkretisiert.

Eine *Kritik der internen Ungerechtigkeiten in vielen Entwicklungsländern* hat es bisher in Berichten internationaler Gremien kaum gegeben. Wagten sich Industrieländer daran, so mußten sie angesichts ihrer halberzigen Leistungen unglaublich bleiben und dazu noch den Vorwurf der Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten befürchten: Der Bericht der Nord-Süd-Kommission greift die heiklen Probleme unbefangen auf. Man wüßte gern, ob die Vertreter aus Entwicklungsländern *selbstkritisch* bei diesem Thema die Wortführer waren. In deutlicher Sprache heißt es im Bericht: „Jene, die von der derzeitigen Verteilung des Reichtums und der wirtschaftlichen Macht den größten Nutzen haben, ob im Norden oder im Süden, pflegen es zu versäumen, ihrer gemeinsamen Verantwortung für ein besseres Los der Ärmsten in der Welt oberste Priorität zu geben. Häufig werden vorhandene Strukturen innerhalb von Entwicklungsländern noch zementiert – sowohl innenpolitisch durch Entscheidungen der Wirtschaftspolitik über Investitionen, Staatsausgaben, Preisgestaltung, Handelsbestimmungen und Wechselkurse, als auch durch die Konzerne des Nordens und ihre Einflüsse auf die Produktionsorganisation in den Entwicklungsländern. Diese Faktoren haben zusammenwirkend häufig zu einem Wachstum geführt, von dem hauptsächlich solche Minderheiten profitieren, die in den modernen Sektoren von Industrie und Landwirtschaft investieren oder arbeiten konnten oder die in den oberen Rängen der öffentlichen Dienste und der Berufszweige saßen.“

Weiter heißt es: „Es wird etwas getan werden müssen, um die Menschen anzuregen, sich zu organisieren. Arbeiter und Bauern, Frauen und Jugendliche, in Gewerkschaften, Genossenschaften und anderen Gruppen organisiert, werden vielfach die Garantie dafür bieten, daß auf vielen sozialen und wirtschaftlichen Gebieten Reformen durchgeführt werden ... Keine Gesellschaft, der es an echter und umfassender Mitwirkung des Volkes fehlt, wird vollbefriedigend oder wirklich effektiv an ihre Hauptentwicklungsziele gelangen.“

In diesen Ausführungen werden *Grundsätze kirchlicher Entwicklungsarbeit* deutlich, die schon seit Jahrzehnten Maßstab sind. Allzuoft wandten sich internationale Konferenzen und Gremien bisher ausschließlich wirtschaftstechnischen Reformen in den internationalen Rahmenbedingungen zu, ohne die notwendige Entwicklungsdynamik von der Basis der Bevölkerung her mitzubedenken. Freilich ist auch hier festzuhalten, daß die Entwicklung von unten und in der Breite der gesamten Bevölkerung im Kommissionsbericht nur ein nachrangiges Thema ist. Vielleicht liegen darin auch die Schwierigkeiten des Berichtes begründet, klar und deutlich auch die Entwicklungsverantwortung gesellschaftlicher Gruppen und der Bevölkerung überhaupt in den Industrieländern anzusprechen. Hier und dort geschieht das eher zaghaft, so als scheue man das offene Wort. Entwicklungsverantwortung wird vorwiegend leider noch immer als ein Geschäft der staatlichen Institutionen angesehen. Dabei wird verkannt, daß Regierungen immer noch zum Alibi greifen, wir-

kungsvolle Entscheidungen könnte nicht ohne eine breite Zustimmung in der Bevölkerung getroffen werden. Auch die Forderung nach einer Beteiligung sozialer Gruppen am internationalen Dialog – so begrüßenswert sie ist – kann u. U. darüber hinwegtäuschen, daß die Entfaltung der vom Selbsthilfewillen getragenen Initiativen in der Realität oft nur im mühsamen Kampf um Handlungsspielraum erreichbar ist. Dennoch: Ein Anfang zur umfassenden Betrachtung der Entwicklungsproblematik ist gemacht. Man darf nicht verkennen, daß eine internationale Kommission mit breitem Spektrum ohnehin nicht leicht zum Konsens findet. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Bericht der Nord-Süd-Kommission ein Schritt nach vorn.

Weiße Flächen und leere Hoffnungen

Zu Recht fragt die Nord-Süd-Kommission, „ob die vorhandenen Verhandlungsmechanismen dazu dienen, die Entstehung und Entwicklung politischer Willensbildung, die für wichtige Entscheidungen notwendig ist, zu erleichtern“.

Was im Nord-Süd-Dialog ihrer Ansicht nach fehlte, „war Zielbewußtsein, ein Dringlichkeitsgefühl, eine Einordnung der Prioritäten, Verständnis für gemeinsame Interessen und der politische Wille, konkrete Ergebnisse zumindest in einigen Bereichen zu erreichen“. Gerade weil die Nord-Süd-Kommission nicht im Auftrag einer internationalen Organisation tätig war, konnte sie sich viel unbefangener an alle, die es angeht, wenden. Der Nord-Süd-Dialog kann nicht auf der Grundlage abgenutzter rhetorischer oder technischer Positionen fortgeführt werden.

Deshalb werden *zahlenmäßig begrenzte Gipfeltreffen* vorgeschlagen, bei denen Marschrouten zur Erleichterung entwicklungspolitischer Vereinbarungen festgelegt werden sollen. In der Tat, dies könnte im Gegensatz zum hergebrachten Verhandlungsstil, der allzuoft durch an Weisungen gebundene Ministerialbeamte bestimmt wurde, zu mehr Beweglichkeit führen.

In der Einleitung des Kommissionsberichtes schreibt *Willy Brandt*, im Sommer 1978 habe ein afrikanischer Staatsmann ihm geschrieben: „Unsere Kommission könne dazu beitragen, weltweite Wertvorstellungen zu entwickeln.“ Willy Brandt fügt an: „Es ist nicht an mir zu beurteilen, ob und inwieweit es uns gelungen ist, so hohen Erwartungen gerecht zu werden.“ – Fürwahr, hier gerät die Arbeit der Kommission offensichtlich an Grenzen. Es ist zu einfach, festzustellen, „was gebraucht werde, sei ein neuer Glaube an den Menschen, an seine Würde und an seine fundamentalen Rechte; ein Glaube an die Werte von Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden, gegenseitigen Respekt, an Liebe und Freigebigkeit, an Vernunft statt an Gewalt“. Die Ereignisse im Iran und in Afghanistan haben nur wieder verdeutlicht, wie weit die Menschheit von einem derartigen gemeinsamen Verständnis in grundlegenden Werten entfernt ist. Ohne den kulturellen und religiösen Hintergrund bleibt schon das gegenseitige Verstehen in Ansätzen

stecken. In diese Dimension der Entwicklungsproblematik einzutreten hätte die Nord-Süd-Kommission aber sicher überfordert.

Ähnlich hilflos wirken die Ausführungen zur weitgehenden Abstinenz des Ostblocks in der aktiven Entwicklungshilfe und zur Diskrepanz zwischen den jährlichen Rüstungsaufwendungen von 450 Milliarden US-Dollar in der Welt und den staatlichen Entwicklungshilfeleistungen von 20 Milliarden US-Dollar. Es ist erschreckend zu erfahren, daß die Militärausgaben eines halben Tages ausrei-

chen, um das gesamte Programm der Weltgesundheitsorganisation zur Ausrottung der Malaria zu finanzieren. In diesen Punkten kann der Bericht nur ernste Mahnung sein. Ernsthafte Schritte zur Änderung setzen mehr Übereinstimmung in Begriffen wie Frieden, Rechte des Individuums und der Gemeinschaft, Menschenwürde und Freiheit voraus. Hier zeigt sich erneut: Entwicklungspolitik ist kein Politikbereich im Abseits. Sie hängt in fundamentaler Weise mit den Grundfragen jeglicher Politik zusammen.

Manfred Sollich

Notizen

Sucht und Psyche

Zur Fünften Freiburger Sozialtherapiewoche

„Sucht und Psyche“ war das Leitthema der diesjährigen Fünften Freiburger Sozialtherapiewoche vom 3. bis 7. März. Zu der vom Deutschen Caritasverband organisierten Studienwoche kamen insgesamt 253 Teilnehmer, vorwiegend Sozialarbeiter und Sozialpädagogen, aber auch Mediziner und Psychologen nach Freiburg, um sich eine Woche lang mit diesem Gegenstand auseinanderzusetzen. Vorträge an den Vormittagen und spezielle Arbeits- und Ausbildungsgruppen an den Nachmittagen boten dazu reichlich Gelegenheit. Die Veranstalter setzten sich selbst bezüglich der Teilnehmerzahl eine obere Grenze, um so auch den Kontakt und Austausch unter den Teilnehmern zu ermöglichen und in festen Arbeitsgruppen mit zwölf bis maximal achtzehn Teilnehmern jedem die Möglichkeit zur aktiven Mitarbeit zu geben. (Auch in diesem Jahr wurden wieder über 100 Anmeldungen zurückgewiesen.)

Absicht der Veranstalter in inhaltlicher Hinsicht war es, „Ursachen, Begleiterscheinungen oder Folgen von süchtigem Verhalten, psychischen und psychosomatischen Störungen und Erkrankungen zu erarbeiten und vertiefen“ – so der Einladungstext zu dieser Woche. Einer Presseinformation des Deutschen Caritasverbandes zufolge werden in der BRD täglich neu 250 Menschen abhängig von Alkohol, Drogen oder Medikamenten. Tag für Tag wird von 400 Menschen eine Suizidhandlung begangen, wovon immerhin 36 tödlich enden. Hinzu kommen noch täglich über 800 Menschen, die an schweren Beziehungs- oder Persönlichkeitsstörungen, allgemein an psychischen oder psychosomatischen Erkrankungen leiden. Alarmierende, fast unglaubliche Zahlen, die für sich sprechen und Grund genug sind, sich einmal mehr mit diesem Problemfeld intensiv zu beschäftigen.

Die Referenten waren zumeist keine Suchtspezialisten, je-

doch renommierte Vertreter ihres jeweiligen Faches. Eine enge, das Spezialistentum fördernde Betrachtungsweise war somit ausgeschlossen, vielmehr konzentrierte man sich auf das Gemeinsame, das Verbindende. Die Arbeits- und Ausbildungsgruppen deckten ebenfalls ein sehr breites Spektrum ab, das von der Diskussion der Tagesthemen, der Vermittlung von Theorien der Sucht, über Selbsterfahrungsgruppen, fallzentrierte Gruppen bis hin zu Gruppen, die sich mit speziellen Therapietechniken beschäftigten (z.B. Rollenspiel, schöpferisches Gestalten, Bewegungstherapie), reichten. Darüber im Detail zu berichten, wäre hier nicht möglich. Aber auch ein Überblick über die wichtigsten Aussagen der Referenten gibt Aufschluß über die Schwerpunkte und das Grundbemühen der Tagung, das vor allem auf die *Verknüpfung von Krankheits-sicht und Therapie* im Falle von psychisch- und Suchtkranken gerichtet war.

Sucht und Krankheit – ein Versuch zur Selbsthilfe?

Am Beginn der Woche stand ein Vortrag von Prof. *Klaus Dörner* (Gütersloh), dem Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie. Entgegen einer sonst im wissenschaftlichen Bereich üblichen immer stärker differenzierten und differenzierenden Betrachtungsweise, standen hier die Gemeinsamkeiten von Sucht, psychischen und psychosomatischen Störungen im Vordergrund.

Dörner verstand Sucht, psychische und psychosomatische Krankheiten zunächst als *menschliche (Ausdrucks-) Möglichkeiten* schlechthin, d.h., wir alle haben die Möglichkeit, suchtkrank, psychisch oder psychosomatisch krank zu werden. Eine ungewohnte Perspektive, die auch Konsequenzen für den Helfenden hat.